

Großenhainer Unterhaltungs- und Anzeigebblatt.

Gedruckt, verlegt und redigirt von Herrmann Starke in Großenhain.

N^o. 36.

Mittwoch, den 5. Mai

1852.

Aufforderung

zu Einzahlung der Grundsteuern auf den zweiten Termin 1852.

Die nach der Finanz-Ministerial-Berordnung vom 15. December v. J. auf den zweiten Termin 1852 nach drei Pfennigen von jeder Steuereinheit zu erhebenden Grundsteuern sind von den betreffenden Abgabepflichtigen innerhalb der nächsten 14 Tage und spätestens bis zum 14. Mai dieses Jahres

zuverlässig und bei Vermeidung von Execution an die hiesige Stadt-Steuer-Einnahme abzuführen.
Hain, am 30. April 1852.

Der Stadtrath daselbst.
Hofmann, Brgrmstr.

Tagesnachrichten.

Sachsen. Die Stimmen für eine Feier des Jubiläums des für die protestantische Kirche so wichtigen Passauer Vertrags (den 2. August d. J.) mehren sich und sollen dem Vernehmen nach bereits in einigen Städten Gegenstand officieller Berathungen gewesen sein. Es wäre auch seltsam, dieses Jubiläum ungenutzt und ungefeiert vorübergehen zu lassen, wenigstens wäre hierbei Gelegenheit gegeben, die Religiosität und das Interesse an kirchlichen Angelegenheiten, wenn es auf geschickte Art geschieht, mehr zu wecken als durch viele andere beliebte Mittel. — Von der Kramerinnung zu Leipzig ist eine Petition um Erhaltung des Zollvereins an die Staatsregierung abgegangen. — In der zweiten Kammer wurde über die Petitionen von Kaufleuten aus Grimma, Oschatz, Döbeln, Riesa, Chemnitz und mehreren anderen Städten um Rücknahme des Verbots, den Branntwein nicht unter einer Kanne verkaufen zu dürfen, abschläglich beschlossen. Ferner ward über die bekannten Petitionen über Beförderung der Sittlichkeit Bericht erstattet. Die Deputation meint, daß Klagen über Sittenverderbnis von jeher zuweilen Modesache gewesen sei; um solcher zu steuern, müsse Staat, Kirche, Schule und Haus zusammenwirken. Das von der ersten Kammer vorgeschlagene Sittengericht sei als gehässig und unausführbar zurückzuweisen. Bei den Verhandlungen fallen verschiedene Bemerkungen gegen die jetzige Hinneigung zum Pietismus, während doch nicht das Bekenntnis, das Aeußere, die Hauptsache sei, sondern das praktische Christenthum, und dergleichen. Nach Lehmann „lullt der Pietismus die Leute nur in einen süßen religiösen Dusel, ohne zum Selbstbewußtsein zu bringen.“ Minister v. Friesen em-

pfielt schließlich zur Beseitigung der Sittenverderbnis, die übrigens in Sachsen nicht größer sei als anderswo, ächt christliche Liebe gegen die Mitmenschen, vorzüglich von Seite der höher gestellten gegen die niedriger gestellten. Dann kamen nochmals die bekannten Petitionen gegen die jüdischen Händler auf den Jahrmärkten zur Verhandlung. Es wurde beschlossen, den Antrag an die Regierung zu bringen, „dieselbe wolle wo möglich auf dem nächsten ordentlichen Landtage eine Gesetzworlage an die Kammern gelangen lassen, wodurch die in den Petitionen berührten Verhältnisse der ausländischen Juden definitiv geregelt werden und dabei den Klagen der christlichen Bevölkerung über zunehmenden Einfluß der fremden Juden in Handel und Gewerbe möglichst thunliche Abhülfe geschehe.“ — Die erste Kammer beschäftigte sich mit den Petitionen um Abschaffung der Communalgarde. Das Resultat war wie in der zweiten Kammer, sie sollen auf sich beruhen bleiben. Bei den Verhandlungen ergab sich, daß dieses Institut viele Freunde in der ersten Kammer nicht hat. v. Friesen-Rötha hält zur Regierung eines Staates Polizei und Militär für hinlänglich; Andere sprechen von Spielerei und Selbsteinschlafen der Communalgarde; Amtshauptmann v. Egidy erhebt gegen Bewilligung der 2600 Thaler zur Communalgardenangelegenheit Widerspruch: die Communalgarde möge bezahlen, wer Vergnügen daran finde, am Ende solle man dann auch die Tagewächter bezahlen, wogegen ihm v. Erdmannsdorf einhält: das Geld sei ja nur für die obere Leitung und die Oberleitung der Tagewächter werde ja auch bezahlt, das seien nämlich die Amtshauptleute. Schließlich wurden die 2600 Thaler gegen 6 Stimmen bewilligt. Weiter bewilligte die Kammer den Pensionsetat, in Summe 635,401 Thaler. — Die Petition des Jugenddoctors